



Infobrief

Informationen für Mitglieder der Hannoverschen Kassen

Nr. 10 • Juni 2004

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Wohnung suchen, aus- und umziehen, ein Haus bauen – Wohnen gehört zu den Themen, die jeden Menschen direkt berühren. Wohnen ist auch eines der großen Themen der Hannoverschen Kassen, bei dem wir versuchen, den unterschiedlichsten Bedürfnissen von Menschen einen Raum zu schaffen und auch neue Entwicklungen anzustoßen. Wohnprojekte Jung/Alt, Eigenheimfinanzierung, Gründerzeithäuser in Berlin, Mieterprivatisierung, »Dorf in der Stadt« sind Stichworte für eine Fülle von Projekten, mit denen wir an neuen und alten Wohnformen zusammenarbeiten. Etwas aus dieser Arbeit finden Sie in diesem Infobrief und für den September 2004 ist ein Symposium zu diesem Thema geplant.

Ein weiteres wichtiges Thema für die Hannoverschen Kassen ist derzeit die Frage des Eigenkapitals. Neue Vorgaben des Gesetzgebers werden auch von uns bis 2007 verlangen, mehr Eigenkapital zu bilden. Daran werden für die Hannoverschen Kassen eine Reihe von Fragen, wie Gewinnerwartungen, Sonderbeiträge und eigentlich die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung angesprochen. Auf der Mitgliederversammlung in diesem Frühjahr war dies bereits Thema. Hierzu finden Sie etwas in diesem Infobrief. Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten an dieser Frage.

Außerdem haben Sie sicher bemerkt, dass wir nun zwei Infobriefe im Jahr herausgeben.

Viel Spaß beim Lesen
herzlichst
Ihr Thomas Rüter

Selbstorganisierte Stadterneuerung in Berlin

In der Zusammenarbeit Hannoversche Kassen und Bürgerstadt AG entstehen neue Wohnmodelle

Text: Winfried Hammann

› **Was brauchen Menschen, wenn Sie älter werden?** Eine Frage, die oft etwas zu schnell mit dem Wort „Geld“ beantwortet wird. Natürlich auch Geld, aber natürlich auch vieles andere – Unterstützung, Initiativ- und Gestaltungsmöglichkeiten, Gespräch und Begegnung. Soziale Räume, in denen sich etwas ganz konkret entwickeln kann, wenn die Beteiligten es wollen. Möglicherweise sogar neue Formen des Zusammenlebens. Das Schaffen von „Inseln der Menschlichkeit“ hat der niederländische Arzt Bernhard Lievegoed solche Wege der gesellschaftlichen Veränderung von unten einmal genannt. Solche „Inseln“ brauchen natürlich auch einen konkreten Ort. Ein Haus oder Häuser, wo sie beginnen können, wo Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können. Hier treffen sich die Anliegen der Altersvorsorge mit denen der Stadterneuerung. Winfried Hammann, Geschäftsführer der Berliner Bürgerstadt AG und Partner der Hannoverschen Kassen in mehreren Projekten, schildert, wie sich selbstorganisierte Altersvorsorge und selbstorganisierte Stadterneuerung verbinden. ››

Weitere Themen

| „Solvabilität“

| Nachrichten

| Nachhaltiges Wachstum...

| Menschen helfen, an individuellen ...

Foto Links: Berlin Pankow, Florastraße um 1910

Foto Mitte: Florastraße zu DDR-Zeit

Foto Rechts: Architekturillustration Florastraße in Berlin Pankow



»» Im Herbst 1999 trafen sich Berliner Planer, Stadtsoziologen und Projektentwickler, um über alternative Wohnentwicklungsmodelle für Berlin zu diskutieren. Entscheidend für die Debatte waren zwei Vorgaben, die die künftige Entwicklung der Stadt prägen sollten: Zum einen hatte der Berliner Senat mit dem Planwerk Innenstadt, an dessen Entwicklung einer der Vorstände der Bürgerstadt AG, Dr. Dieter Hoffmann-Axthelm, maßgeblich beteiligt war, perspektivisch eine neue „Geschäftsgrundlage“ für innerstädtisches Wohnen geschaffen. Zum anderen war jedoch zu klären, wie sich das absehbare Ende des staatsgestützten sozialen Wohnungsbaus auswirken wird.

Der Bürger könnte wieder Bauherr werden, lautete eine der Thesen. Er könnte dort an die Stelle des traditionellen Investorenbaus oder Sozialen Wohnungsbaus treten, wo dieser als Akteur ausfällt. Statt staatlicher Wohnraumversorgungspolitik könnten selbstorganisierte Baugruppen durchaus in der Lage sein, sich neue „Gestaltungs- und Entfaltungsräume“ nach eigenen Maßstäben zu errichten. Die Hauptstadt bot nach dem Preiszerfall im Immobilienbereich in den

90er Jahren nunmehr zudem einen bezahlbaren Einstiegsrahmen und infolge der notwendig werdenden Privatisierungen von kommunalen Wohnungsbeständen auch einen Markt hierfür an.

Gestaltungs- und Entfaltungsräume

Betrachtet man städtische Entwicklungsprozesse in längeren Zeitabschnitten, so weiß man, dass es sogenannte „Zeitfenster“, das heißt einen bestimmten Zeitrahmen von 5-10 Jahren für ein „Einstiegsszenario“ gibt – danach, so die Expertenmeinung, würde in Berlin der „Hauptstadteffekt“ wieder verstärkt eintreten. Bis zu diesem Zeitpunkt müsste innerhalb der Berliner Entwicklung eine Wende von der Mieterstadt – immer noch wohnen in Berlin fast 90% in Miete – zur Bürgerstadt geschafft werden. Selbst wenn man in diesem Zeitraum die Wohneigentumsquote verdoppeln könnte, würden danach immer noch 80% zur Miete wohnen. Eine Stabilisierung von Quartieren und Stadtteilen durch stärkeres bürgerschaftliches Engagement müsste mobilisiert werden – Wohneigentumsbildung

mit Engagement und Nachbarschaftsorganisationen verbunden werden.

Die Thesen leuchteten ein und wurden für den Lenkungsausschuss des Stadtforum Berlin vom heutigen Vorstand der Bürgerstadt AG, Winfried Hamann, auf einer öffentlichen Versammlung des Stadtforums vorgetragen. Die breite Zustimmung bis in die Senatsspitze führte jedoch nicht automatisch zur Gründung einer Bürgerstadt AG. Vielmehr bedurfte es des persönlichen und ökonomischen Engagements einer Kerngruppe, die gegen alle Widerstände im Februar 2000 die Bürgerstadt Aktiengesellschaft aus der Taufe hoben.

Warum Widerstände?

Seit den 20er Jahren übernahmen in Berlin immer mehr staatliche und städtische Gesellschaften private Aufgaben, vornehmlich die des Wohnungsbaus, der sozialen Fürsorge und der mit der Stadtorganisation befassten Unternehmen. Dies geschah eher aus Not als aus Neigung. Später, nach dem Zweiten Weltkrieg, Mauerbau und der Trennung der Stadt in zwei konkurrierende Systemblöcke, wurde



aus der Not eine staatlich gelenkte Interventionswirtschaft, die sich wie eine „große fürsorgliche Mutter“ in fast alle Bereiche des Wirtschaftslebens der Stadt einmischte – bis es zur totalen Überlastung dieses Systems kam. Es wurde schlichtweg nicht mehr bezahlbar. Die „Entzugerscheinungen“ sind nun am ganzen Stadtkörper zu spüren, die Widerstände gegen ein Umsteuern natürlich auch.

Wie bei dem Modell der Hannoverschen Kassen zur Selbstorganisation der Alterssicherung, braucht die Stadtentwicklung und die Wohnungsversorgung in Zukunft jedoch neue Modelle der Selbstorganisation. Die Hinwendung zur Bürgerstadt ist zum einen eine gesellschaftliche Mobilisierungsidee brachliegender Kräfte, zum anderen steht dahinter eine konkrete Organisationserwartung von Seiten derer, die sich hierfür engagieren könnten und damit in die Stadt und ihre eigene Wohnsituation investieren. Mit der Bürgerstadt Aktiengesellschaft wird dem Bürger ein professionelles Instrumentarium an die Hand gegeben, um sich auf dem innerstädtischen Markt einmischen zu können. Über eine Aktienbeteiligung erhält er Stimm- und Dividendenrechte und

ein Erstoptionsrecht auf Wohnungen der Bürgerstadt-Projekte. Eine breite Streuung der Aktien und der Satzungsbeschluss, dass kein Aktionär über 25% der Stimmrechte erwerben kann, sichern die Gründungsidee und Gründungsintention.

Kooperationsprojekte

Ein Treffen mit den Hannoverschen Kassen war vor diesem Hintergrund nicht ganz zufällig. Es bot sich auf der Ebene der gemeinsamen Intentionen - staatsunabhängige Alterssicherung und Wohnversorgung miteinander zu verknüpfen - an, eine arbeitsteilige Zusammenarbeit zu verabreden.

Inzwischen gibt es zwei Bauprojekte in Berlin Pankow und am Prenzlauer Berg, in denen diese Zusammenarbeit erprobt wird. Das Bauprojekt in Pankow in der Florastraße wird in zwei Monaten fertig gestellt, in dem Projekt in der Prenzlauer Allee wird dann mit der Modernisierung- und Instandsetzung begonnen. Bei beiden Projekten handelt es sich um Gründerzeithäuser in gut erschlossenen urbanen Lagen, die umfassend saniert werden müssen. Die Bürgerstadt AG über-

nimmt die gesamte Abwicklung und Geschäftsbesorgung, die Hannoverschen Kassen den Ankauf und die Finanzierung. Im Spannungsfeld von Stadtplanung, Sanierungszielen, Käufer- und Mieterwünschen und einer ökologisch-sozialen wie auch wirtschaftlich tragfähigen Modernisierung muss – auf das jeweilige Haus bezogen – ein ganzes Kompendium von unterschiedlichen Interessen bearbeitet werden. Aber wie und mit welchem Ergebnis?

In der Florastraße war das Ziel eine stilgerechte Modernisierung und der vorrangige Verkauf an Eigennutzer. Da jedes Haus vor Sanierungsbeginn eine sozial unterschiedlich zusammengesetzte Bewohnerschaft hat, bietet die Bürgerstadt AG hierfür ein „Mietercoaching“ an. Zusammen mit der Sanierungsverwaltung und den Mieterberatern werden Modernisierungsvereinbarungen erarbeitet, wenn die Mieter in das sanierte Haus zurückziehen möchten. Ebenfalls werden die sanierten Wohnungen diesen zuerst zum Kauf angeboten. Im Falle der Florastraße wurde im Quartier für die überwiegend ältere Bewohnerschaft neuer Wohnraum zur Verfügung gestellt. Hierfür akzeptierten die Hannoversche Kassen >>>

»»» für eine beschränkte Anzahl von Wohnungen ein einmaliges Belegungsrecht des Bezirksamtes.

Die Kaufpreise für die modernisierten Wohnungen liegen zwischen 1.600,00 und 2.100,00 €/qm. Da es Wohnungen in einem Sanierungsgebiet sind, können die Erwerber die Sanierungsabschreibung steuerlich geltend machen oder die Investitionszulage von 22% der Modernisierungskosten erhalten. Dies bedeutet eine Kaufpreisreduktion von 200,00 bis zu 400,00 €/qm, sodass die Wohnungen gemessen an ihrem hohen Standard auch für breitere Schichten erwerbbar sind. Je früher diese in ein solches Bauprojekt einsteigen, umso mehr können sie bei der Gestaltung ihrer Wohnungen und der Grundrisse mitbestimmen. Hieraus entwickelte sich in der Florastraße eine große typologische Vielfalt und ein hoher Identifikationswert mit den Wohnungen und dem Haus. Was jedoch andererseits einen besonderen Kommunikations- und Umlaufaufwand erforderlich macht, der nicht unterschätzt werden darf. Für die zukünftige Werterhaltung und auch das Engagement der neuen Bewohner ist dieses besondere Engagement am Anfang allerdings ein sehr wichtiger – wenn nicht entscheidender – Indikator.

Wie überbietet man die Reihenhaus-Idee?

Damit Stadtwohnungen mit den Reihenhäusern im Umland konkurrieren können, sind hof- und straßenseitige Balkone, im Dachgeschoß Terrassen und die Nord-Süd, bzw. Ost-West-Ausrichtung und eine gartenartige Hofgestaltung unabdingbare Voraussetzungen. Natürlich gehören heute Aufzüge und in den größeren Wohnungen eine zweite Toilette zum Standard – auch wenn dies vom Planungsamt immer noch als „Luxus“ angesehen wird.

Um den Energieverbrauch und den CO₂ Ausstoß zu minimieren ist auf dem neu errichteten Dach eine solarthermische Anlage installiert worden, die in den sonnigen Monaten 100 % des Wasserbedarfs (warm) deckt. Die Fassade wurde mit hochwertigem Dämmputz versehen. Besondere Sorgfalt wurde außerdem auf eine baubiologisch günstige, diffusionsoffene Bauweise sowie den sommerlichen Wärmeschutz im ausgebauten Dachgeschoss gelegt. Die Hinterlüftung des Dachraums liegt deutlich über dem normal üblichen Standard, als Dämmstoff ist ein schadstofffreies, biologisch abbaubares Recyclingmaterial (Zellulosedämmung) eingebaut worden. Ziel ist es, alle Wohnungen an Eigennutzer oder engagierte Anleger zu veräußern. Die soziale Zusammensetzung des Hauses ist schon jetzt im Kiez Gesprächsstoff, da sich darunter bekannte Bundespolitiker und Politikerinnen befinden, aber auch junge Familien und in den kleinen Wohnungen Alleinstehende jüngere und ältere „Altbewohner“ und Studenten.

Dieses erste Beispiel macht deutlich, worum es auch bei den anderen Projekten gehen wird: langfristige Qualitätssicherung, Mitgestaltung, Vielfältigkeit in der sozialen Zusammensetzung der Hausbewohner und ökologische Baubiologie. Urbane Lagen und gute Verkehrsanbindungen, die es den Bewohnern erlauben, einmal auch ohne Auto auszukommen, kommen hinzu.

Das zweite Modernisierungsprojekt in der Prenzlauer Allee 52/Chodowieckistraße 22 liegt im nördlichen Randbereich der Berliner Innenstadt in einem der beliebtesten Quartiere, das wegen seiner Urbanität weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist und das die höchste Kindergeburtenrate Deutschlands hat. Die bekannten Kiezstraßen um den Kollwitzplatz mit ihren Restaurants sind fußläufig zu erreichen. Bei diesem Projekt soll

Wohnen und Arbeiten verbinden

ernst gemacht werden mit der Verbindung von Wohnen und Arbeiten. Für viele neue Berufe wird immer häufiger nicht nur im Büro, sondern auch im traditionellen Wohnbereich ein Arbeitsraum benötigt – noch besser ist es, wenn dieser einen separaten Zugang hat. So bleiben in der Prenzlauer Allee die kleinen Einzimmerwohnungen als solche bestehen und werden mit der danebenliegenden Wohnung verbunden. Dadurch erhalten diese Wohnungen eine separierbare Fläche mit eigenem Eingang. Der Clou: man kann diese nicht nur als Arbeitszimmer nutzen, sondern auch als Jugendzimmer, Gästewohnung oder anderes. Natürlich könnte man auch den Arbeitsbereich über dieses eine Zimmer hinaus erweitern, wenn dies notwendig sein sollte. In der alten Baunutzungsverordnung sind derartige Funktionsüberschneidungen nicht vorgesehen. Auch steuerlich wird es hier interessant, denn die Arbeitsbereiche können unter bestimmten Bedingungen steuerlich abgesetzt werden. Weitere Projekte sind in Vorbereitung, in denen der Nachweis erbracht werden soll, dass es Alternativen zum Auszug aus der Stadt gibt.

Weitere Informationen erhalten Sie über:

www.buergerstadt.de
Oder direkt:
Bürgerstadt Aktiengesellschaft,
Inselstraße 1, 10179 Berlin,
Tel. (030) 288832-0
Fax (030) 288832-20
Ansprechpartner für Wohnungsverkäufe
in der Florastraße: s. nächste Seite
Infobriefe der Bürgerstadt AG können
Sie im Internet herunterladen, bzw. sich
in den Verteiler aufnehmen lassen. |

Wohnungsangebote in Berlin und Hannover

Aus dem Bestand der Hannoverschen Kassen vermieten und verkaufen wir zusammen mit unseren Partnern, der HOLOS Immobilien-Verwaltungs GmbH und der Bürgerstadt AG, laufend Wohnungen in Berlin und Hannover.

Zurzeit können wir anbieten:



Grundrisse der Florastraße in Berlin Pankow. Weitere Infos unter www.buergerstadt.de

Mietwohnungen

in Berlin-Friedrichshain und Prenzlauer Berg sowie in Hannover-Misburg und in Oesselse.

Interessenten melden sich bitte bei Petra Sanders, Tel (030) 696 656 93.

Eigentumswohnungen

in guter Lage in Berlin-Pankow, Florastraße 14, zu guten Bedingungen und ausgestattet mit der 10%-igen Sonderabschreibungsmöglichkeit für die Sanierung von Wohngebäuden.
Kontakt: Winfried Hammann/Uwe Lutz, Tel (030) 288 832 0

Beteiligung an Wohnungseigentümer-GbR:

Die 10%-ige Sonderabschreibung für die Wohnungen in der Florastraße lässt sich nur dann nutzen, wenn die Wohnungen vor der Fertigstellung erworben wurden. Erfahrungsgemäß sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Wohnungen an Einzelnutzer veräußert und es bietet sich an, den „Restposten“ an Wohnungen zu günstigen Bedingungen an eine Eigentümergemeinschaft zu veräußern, welche diese Anlage zur Altersversorgung nutzt. Interessant ist dies vor allem für diejenigen, die steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten suchen.

Kontakt: Thomas Rüter, Tel (0511) 82 07 98 55

„Solvabilität“ –

Neues Gesetz zum Schutz der Versicherten

Text: Antje Heinemeier



› **Sang und klanglos** trat zum Jahresbeginn ein Gesetz in Kraft, das Versicherte vor „Insolvenz“, oder auf deutsch, vor der Zahlungsunfähigkeit ihrer Versicherung schützen soll. Ungünstige Anlageergebnisse am Aktienmarkt, – Verluste in Höhe von bis zu 50 Prozent – niedrige Zinsen und erhöhte Schadenssummen hatten bei manchen Versicherungen zur Insolvenz geführt. Noch bevor eine breitere Öffentlichkeit diese Tatsache beachtete und Verunsicherung sich breit machen konnte, wo sich der Bürger für die Zukunft abzusichern glaubte, kam ein neues Gesetz. Es verlangt jetzt eine dem „echten Risikoprofil des Unternehmens besser entsprechende“ Ausstattung mit Eigenmitteln, kurz „Solvabilität“. Das neue Gesetz zielt auf Versicherungsunternehmen, die mit den Geldern der Versicherten am Kapitalmarkt spekulieren. Von den verschärften Anforderungen an die Solvabilität werden jedoch

auch Unternehmen getroffen, die nicht spekulieren, wie die Hannoverschen Kassen (HK). Obwohl das Insolvenzrisiko durch Spekulation für die HK nicht zutrifft, werden sie dennoch dazu verpflichtet, den Mindestbetrag ihrer Eigenmittel von bisher 800.000 Euro auf rund 2,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2007 zu erhöhen. Das wirft Entwicklungsfragen auf, die Mitglieder, Mitarbeiter, Vorstand und Aufsichtsrat der Hannoverschen Kassen noch einige Zeit beschäftigen werden. Hier zunächst ein Überblick über Fakten und Fragen zu einem komplizierten Thema.



Schutz vor Fehleinschätzungen?

„Solvabilitätsspanne“, so heißt das zusätzliche Kapital, über das eine Versicherung verfügen soll, um unvorhergesehene Ereignisse leichter abfangen zu können. Im Wesentlichen handelt es sich bei dieser Summe, um die sogenannten „Eigenmittel“ der Versicherung. Die Eigenmittel sind Gelder, die nicht an Versorgungs- oder Leistungszusagen gegenüber Versicherten gebunden sind. Als Solvabilitätsspanne sind rund 4,5 Prozent des Vermögens einer Versicherung vorgeschrieben. Neben den stillen Reserven und dem Eigenkapital konnte bisher zu den Eigenmitteln auch die Gewinnerwartung gerechnet werden. Neu ist, dass die Gewinnerwartung nicht mehr zählt. 4,5 Prozent der Deckungsrückstellung, sprich des Versicherungsvermögens, müssen in der Kasse tatsächlich vorhanden sein.

Das neue Gesetz verweist auf eine wenig diskutierte Tatsache: die existenzielle Abhängigkeit vieler konventioneller Versicherungen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die hohen Erträge der konventionellen Versicherungen entstanden in der Vergangenheit nicht zuletzt durch immer höhere Aktienkurse und die Erwartung, dass diese weiter steigen. Der plötzliche Vertrauensverlust in diese Entwicklung ließ die Kurse einbrechen. Das Risiko liegt in der Kernfrage, die wirtschaftlichen Entwicklungen richtig einzuschätzen und zu entscheiden, welchen vertraut werden darf. Der Staat antwortet darauf mit Erhöhung der Solvabilitätsspanne.

Alle Versicherungen müssen nun freie und „unbelastete“ Eigenmittel in erheblichem größerem Umfang als früher vorweisen. Damit verbunden ist die Hoffnung, Versicherte gegenüber den Fehleinschätzungen ihrer Versicherungen zu schützen. Gegen dieses Ziel ist zunächst nichts einzuwenden. Der Weg allerdings, den der Gesetzgeber einschlägt, erscheint außerordentlich fragwürdig. Denn das Gesetz zielt lediglich auf Erfüllung einer abstrakten fiktiven Größe, einer Zahl, ohne Bezug zur jeweiligen Lebenswirklichkeit.

Wie sicher sind Versicherungen?

Herkömmliche Versicherungen hatten bisher bis zu 35 Prozent ihres Kapitals in Aktien angelegt. Die Ergebnisse aus diesen Anlagen sanken jedoch – beispielsweise aufgrund einbrechender Aktienkurse – um rund die Hälfte. In der Summe führte dies bei vielen Versicherungen zu Verlusten von über 15 Prozent ihres Vermögens. Hinzu kam eine niedrige Verzinsung in anderen Anlagebereichen. Das kostete einige Versicherungen im buchstäblichen Sinne das Leben. So hatte eine andere Hannoveraner Versicherung (nicht zu verwechseln mit den Hannoverschen Kassen!) ihren Kunden jahrelang höhere Überschussbeteiligungen als die Konkurrenz gutgeschrieben. Der Versicherungsverein bildete aber kaum Rück-

lagen. Weil die Zinsen auf festverzinsliche Anlagen fielen, wurde versucht, mit verspäteten Aktien- und Finanzmarktspekulationen die Rendite hoch zu halten. Ähnliches tat die Mannheimer Lebensversicherung und kam damit richtig in Bedrängnis. Ihre Bestände, also die Versicherungsverträge, wurden inzwischen auf die Protaktor Lebensversicherungs-AG übertragen – eine Auffanggesellschaft. Sie bewirtschaftet jetzt nur noch den Deckungsstock, also die Summe der vorhandenen Vermögenswerte. Damit erfüllt sie die notwendigen Verbindlichkeiten gegenüber den Versicherungen, um die Garantieverzinsung an die Mitglieder auszahlen zu können.

Was bildet die Vertrauensgrundlage?

Versicherungen arbeiten auf der Grundlage von Zahlen. Aus Lebensfragen und Lebensläufen werden „Risiken“, „Tarife“ und „Leistungen“, „Deckungsvermögen“ und vieles mehr. Gewinn- und Verlustrechnungen, Wachstum, Inflation, Umsätze und Prognosen werden erfasst und berechnet und entscheiden über die Existenzberechtigung einer Versicherung. Versicherungen brauchen das „Gesetz der großen Zahl“, die Abstraktion, »

§ SoWäb

»» die aus individuellen Schicksalen „allgemeine Verläufe“ macht, die sich in Zahlen ausdrücken lassen. Mit dem Leben in all seinen Facetten und Unwägbarkeiten, stehen diese Zahlen nicht mehr in direkter Verbindung. Ihr Bezug zur Sache, zum Leben muss erst vom Menschen wieder hervorgebracht werden. Stellen wir diese Beziehung von Zahlen und dem wofür sie stehen – Menschen und ihre Werke – nicht her, gewinnt sie magische Macht über uns. Dort, wo wir Objektivität in Zahlen zu finden glauben, ersetzen wir unsere eigentliche Urteilsfähigkeit und die Möglichkeit konkrete Vertrauensverhältnisse aufzubauen.

Gerade hier liegt eine der zentralen Aufgaben, an der die Hannoverschen Kassen seit ihrer Gründung arbeiten: Der Aufbau konkreter, individueller Vertrauensverhältnisse, die sich dennoch in Form einer professionellen und zuverlässigen Versicherung ausdrücken lassen. Denn der blinde Zahlenglaube entfremdet uns einem wirklichen Weltverhältnis und über-

führt uns in die Welt der Abstraktion, die der erhöhten Gefahr ausgesetzt ist, sich in der Illusion zu verselbständigen.

„Je näher ich einem Menschen stehe, desto größer ist mein Vertrauen...“

Die Hannoverschen Kassen wurden als Verein auf Gegenseitigkeit gegründet und unterstreichen damit, dass die Mitglieder selbst die HK sind. Die Mitgliederversammlung ist ihr oberstes Organ. Für die HK geht es darum, in der Entwicklung des Unternehmens und den konkreten Versicherungsleistungen immer wieder neu darum zu ringen, sich unmittelbar an die Arbeits- und Lebensprozesse jedes einzelnen Mitglieds zu binden. Auf diesem kontinuierlichen Bemühen und einer konstruktiven, lebendigen Zusammenarbeit von Mitgliedern, Mitarbeitern und denjenigen, die die Geschäfte leiten und im Fluss halten, be-

ruht der besondere Ansatz der Hannoverschen Kassen. „Je näher ich einem Menschen stehe, desto größer ist mein Vertrauen in ihn und seine Kraft und desto geringer ist meine Zinserwartung. Hohe Zinsen sind ein Ausgleich für den Mangel an Vertrauen, den ich geben kann“, so Rembert Rauchbach, Gründer und Geschäftsführer der HK. Aus dieser anderen Perspektive heraus ist die Basis für Zins- und Gewinnerwartungen nicht die Zahl, sondern die reale Arbeit der Mitglieder. Eine ständig neu sich schaffende, lebendige Basis. Lebendige Prozesse, Wirklichkeit, die sich in den Zahlen lediglich abbildet. „Wir wissen, wofür unsere Zahlen stehen, denn sie werden bei uns mit konkreten Menschen in Bezug gebracht“, so Thomas Rüter, Jurist und ebenfalls Geschäftsführer der HK. Werden Zahlen jedoch für die Wirklichkeit genommen, dann wirken sie oftmals in entwicklungshemmender Weise auf diese zurück. „Statt aus der Vergangenheit die Zukunft hochzurechnen und uns in die Spirale aus Abstraktion und Illusion hereinzu-

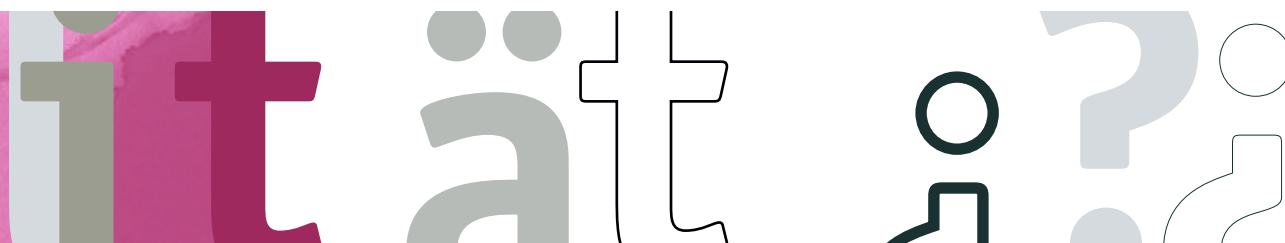


Illustration: Sabine Gasser

schrauben, bleiben wir dran an der Gegenwart und sichern unsere Entwicklung, indem wir auf die lebendige Kraft aktiver Menschen und ihre Initiativen setzen. Den Bogen spannen wir auf der soliden Basis des Vertrauens in die gegebenen lebendigen Prozesse, aus denen wir frei entscheiden“ so Rüter. Auch für Rauchbach ist das Maß aller Dinge ist nicht die Zahl, sondern der Mensch. „Die Zahl wird oft darin überschätzt, dass sie im Stande sei, Sicherheit zu geben, dabei dient sie lediglich zur Orientierung. Sie ist kein Ersatz für Entscheidungen. Denn das, wofür sie steht, entscheidet der Mensch. Nur, wenn er sich nicht frei entscheiden will, überlässt er sich der Zahl und verliert sich in der Illusion. Indem wir die Projekte und das, was durch menschliches Schaffen sich in ihnen entwickelt im Blick behalten und mit Bewusstsein an den Entwicklungen dranbleiben, stellen wir den Zusammenhang von Zukunft und Gegenwart her. So erst geben wir Zahlen einen realen Sinn und füllen sie mit Wirklichkeit.“

Rückstellung der Gewinnverwendung beschlossen

Solche Formen von Realitätsbezug und nachhaltiger Versicherung durch Entwickeln eines konkreten, gegenseitigen Vertrauens sind dem Gesetzgeber allerdings schwer zu erklären. Und so werden auch die Hannoverschen Kassen bis 2007 den Mindestbetrag ihrer Eigenmittel von bisher 800.000 Euro auf rund 2,5 Millionen Euro erhöhen müssen. Nach der neuen Solvabilitätsbestimmung kann die Gewinnerwartung jetzt nicht mehr mit eingerechnet werden. Weil gleichzeitig die Höhe der aufzubringenden Eigenmittel an die Beitragsentwicklung gebunden ist, werden sich aufgrund steigender Mitgliederzahlen sowohl die Gewinne und damit auch die Aufwendungen für die nachzuweisenden Eigenmittel erhöhen. Damit die Hannoverschen Kassen weiterhin ihrem Grundsatz „möglichst viel Geld in den Leistungen für die Versicherten und möglichst wenig Eigenkapital im

Unternehmen“ treu bleiben können, wird noch einige Arbeit zu leisten sein. „Wir sind dabei, ein sinnvolles Konzept für nachhaltig tragfähige Lösungsansätze zu entwickeln und Wege zu erarbeiten, wie die HK die Eigenmittel im Sinne der gesetzlichen Vorgaben erhöhen können. Dies wollen wir dann zur Diskussion stellen“, erläutert Thomas Rüter das geplante Vorgehen. |

Nachhaltiges Wachstum...

Zur Mitgliederversammlung der Hannoverschen Kassen kamen am 20. Februar 2004 etwa 50 Menschen. Formal und ganz genau gesagt zur gemeinsamen Mitgliederversammlung der Hannoverschen Pensionskasse VVaG, der Hannoverschen Alterskasse VVaG und der Hannoverschen Unterstützungskasse e.V. Von nachhaltigem und stetigem Wachstum konnte berichtet werden. Darüber hinaus standen wichtige Entwicklungsfragen im Mittelpunkt.

Der Trend der letzten Jahre setzt sich also fort. In diesem Zusammenhang ist vor allem die solide und den Zielen ihrer Mitglieder entsprechende Anlage der Gelder eine ständige Aufgabe für die Hannoverschen Kassen. Der Aufsichtsrat hat dazu neue Anlage- und Beleihungsrichtlinien für die HK entwickelt.

In einem auf der Mitgliederversammlung beschlossenen Entschließungsantrag heißt es hierzu unter anderem: „Insbesondere ist es den Mitgliedern der Hannoverschen Kassen wichtig, dass ein möglichst konkretes Bewusstsein dafür besteht, wem genau Geld für welche Vorhaben zur Verfügung gestellt wird. Nach ihrer Überzeugung können nur auf diesem Wege die sozialen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen der Geldvergabe überschaut werden. Die Mitglieder befürchten, dass anonyme Geldvergaben unbewusst schädliche ökologische, soziale und kulturelle Auswirkungen haben könnte. Von daher



Mitgliederversammlung vom 20. Februar 2004
im Rudolf-Steiner-Haus in Hannover,
Fotos: Rainer Erhard

... neue Aufgaben



unterstützen und bekräftigen die Mitglieder die bisherige Anlagepolitik der Hannoverschen Kassen, insbesondere die bevorzugte Anlage in Immobilien und grundschuldgesicherten Darlehen. Den Mitgliedern ist bewusst und sie wünschen auch, dass solche Anlagen, gerade im Bereich der Heime, Schulen und sonstigen Unternehmen und Einrichtungen getätigt werden, die in ähnlicher Richtung sozial engagiert sind, wie die Mitglieder der Hannoverschen Kassen, und dass diese überwiegend in der Rechtsform des eingetragenen Vereins geführt werden.“ Mit Blick auf mögliche Einwände aus rein betriebswirtschaftlicher Perspektive von Finanzprüfern heißt es weiter: „Ihnen [den Mitgliedern] ist bewusst, dass sie es dabei teilweise mit Spezialimmobilien [betriebswirtschaftlicher Terminus für Waldorfschulen und ähnliche Einrichtungen, d. Red.] zu tun haben und dass sich die Risiken gegenüber allgemein verwertbaren Immobilien erhöhen könnten. Der Vorstand wird

aufgefordert, diesen Standpunkt der Mitgliedschaft zu vertreten, insbesondere auch gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.“

Damit soll die bisherige Richtung in der Anlagepolitik bekräftigt werden. Eingehalten werden soll mit diesem Beschluss natürlich auch weiterhin die gesetzlich vorgeschriebene Verteilung der Anlagen, die folgendes verlangt: Bis 25% der Anlagen im Immobilienbereich, bis 50% im Bereich grundschuldgesicherter Darlehen und bis zu 25% im Bereich der Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Festgeldanlagen.

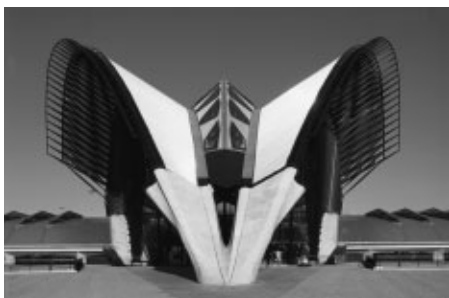
Ein weiteres wichtiges Thema der Mitgliederversammlung war die „Solvabilität“ (siehe Seite 5 ff). Die neuen staatlichen Vorgaben erschweren die bisherige Praxis der Hannoverschen Kassen, mit erwirtschafteten Gewinnen vor allem die Renten der Mitglieder zu erhöhen. Wie

man dennoch diese Ziele konsequent weiterverfolgen kann, war Thema vieler Gespräche. Hier wird seitens der Verantwortlichen an verschiedenen Optionen gearbeitet. Auf der Mitgliederversammlung 2005 soll ein entsprechendes Konzept vorliegen. Beschlossen wurde nun für die Pensionskasse, dass die vorhandenen Gewinne in eine spürbare Rentenerhöhung fließen. Wohlwissend, dass darüber hinaus erhöhte Anstrengungen zur Solvabilität unternommen werden müssen. Für die Alterskasse wurde der Beschluss einer Rentenerhöhung zunächst zurückgestellt.

Auf der nächsten Mitgliederversammlung wird das Thema „Solvabilität“ also weiter diskutiert. Dann, im Jahr 2005, wird aber auf jeden Fall auch gefeiert. Denn dann werden die Hannoverschen Kassen 20 Jahre alt. Genaueres hierzu erfahren Sie im nächsten InfoBrief. |

Organische Architektur – Mensch und Natur als Inspirationsquelle

Vom 13. Sept. bis 8. Dez. 2004 präsentiert das „Internationale Forum Mensch und Architektur“ die Ausstellung „Organische Architektur“ auf über 1500 Quadratmetern im Foyer der Philharmonie in Berlin. Initiator dieser Ausstellung, die unter der Schirmherrschaft der Botschafter der Niederlande in Deutschland stattfindet, ist die niederländische IONA Stichting. Die Hannoverschen Kassen (HK) unterstützen als Sponsor die Realisierung der Berliner Ausstellung. Denn engverwandelt mit dem Thema Organische Architektur sind Fragen nach neuen Wohn- und Lebensformen, die die HK und ihre Mitglieder immer wieder – und immer mehr – beschäftigen.



TGV Station, Lyon Saint-Exupéry, Frankreich, Santiago Calatrava, 1989-1994, Foto: Pieter van der Ree

Die Ausstellung wurde bereits 2003 mit großem Erfolg in Amsterdam vor etwa 27.000 Besuchern gezeigt. In großformatigen Fotos, Plänen, Zeichnungen und Modellen vermittelt sie einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der organischen Architektur, von ihren Anfängen am Ende des 19. Jahrhunderts bis in die jüngste Gegenwart.

Architekten wie Antoni Gaudí, Frank Lloyd Wright, Rudolf Steiner, Alvar Aalto oder Hans Scharoun haben das organische Bauen mit seinen zum Teil spektakulären Gebäuden zu einem festen Bestandteil der Moderne gemacht. Ausgehend von diesen Pionieren vermittelt die Ausstellung anhand zentraler Werkbeispiele grundlegende Prinzipien organischen Bauens.

Der Hauptteil der Ausstellung zeigt Früchte dieser Aufbauarbeit: Organische Architektur der letzten 10 bis 20 Jahre aus aller Welt: Vom kleinen Kindergarten in Ägypten über Wohnhäuser in Deutsch-

land bis zur Bankzentrale in den Niederlanden ist in über 30 ausführlich präsentierten Projekten wohl kaum eine Bauaufgabe ausgelassen.

Der Kunst- und Architekturinteressierte erhält die Gelegenheit, sich sowohl inhaltlich als auch sinnlich-ästhetisch in die organische Architektur einzuleben. Für den Fachmann werden in den hervorragenden, meist extra angefertigten Fotografien und Modellen neue Sichtweisen eröffnet und zahlreiche Neuentdeckungen geboten.

Was ist organische Architektur?

Organische Architektur bezieht ihre Inspirationen aus der lebendigen Natur, die sowohl in ihren äußeren Formen als auch inneren Bauplänen eine unendliche Fülle an Ideen bereithält. So kann ein Gebäude durch eine spezifische Materialwahl ganz mit seiner Umgebung verbunden sein; oder es erscheint durch seine Oberflächengestaltung und durch seine konstruktiven Glieder wie zum Leben erweckt.

Eine wichtige Gesetzmäßigkeit ist die Metamorphose. Sie schafft Zusammenhänge durch Form- und Farbverwandlungen und vermeidet damit stereotype Wiederholungen und Raster. Die Gebäude verschmelzen mit ihrer Umwelt und mit den in ihnen lebenden Menschen zu einer Einheit, einem lebendigen Orga-

nismus, in dem jede Einzelheit in Beziehung zum Ganzen steht. Ganzheitliches Denken ist eine wesentliche Grundlage für organisches Gestalten und beinhaltet auch den bewussten Umgang mit den Ressourcen unserer Erde. Sie sucht im Sinne einer nachhaltigen und optimalen Nutzung des Gebäudes frühzeitig den sozialen Austausch mit allen Beteiligten.

Das Internationale Forum Mensch und Architektur – IFMA – wurde 1991 in Holland als Stiftung, in anderen Ländern als gemeinnütziger Verein, gegründet. Ziel ist die organische Gestaltung von Umwelten, die umfassend den vielfältigen Bedürfnissen der Menschen dienen. Dabei sollten über die materielle Funktionserfüllung hinaus vitale, seelische und geistige Bedürfnisse die Gestaltungsarbeit mitbestimmen.

Ort: Foyer des Kammermusiksaales der Philharmonie Berlin, Herbert von Karajan-Straße

Eröffnung: Sonntag, den 12.9.2004 im Foyer des Kammermusiksaales

Öffnungszeiten: Montag 13.9.2004 bis Mittwoch 8.12.2004, täglich 10-18 Uhr

Kontakt: Fördergesellschaft Internationales Forum Mensch und Architektur Deutschland e.V., z. Hd. Frau Imme Denker
Straßburger Straße 29, D-10405 Berlin
Fon: (030) 44 039-127, Fax: -128
info@organische-architektur.org
www.organische-architektur.org

Vorankündigung

Forum Lebensräume – Bauen und Nutzen

Über Wohnen und Wohnformen sprechen, Lebensräume entwickeln und soziale Organismen gestalten, Ideen und Konzepte zur Finanzierung finden, Bauprozesse begleiten: Das Bauen und Nutzen von Lebensräumen beschäftigt die Hannoverschen Kassen seit vielen Jahren sehr intensiv. Zahlreiche Konzepte, Projekte und Kooperationen sind so entstanden. Initiatoren und Verantwortliche der verschiedensten Projekte, Kooperationspartner und alle Interessierten laden wir ein zum **Forum Lebensräume – Bauen und Nutzen am Mittwoch, 15. September 2004, 11:00 und 17:00 Uhr**, in den Räumen der Christengemeinschaft Hannover, Ellernstraße 44, Hannover. Das Forum dient der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch zwischen Projekten, Partnern und Experten.

Inhaltlich wird sich das Forum an folgenden Stichworten orientieren:

- Generationsübergreifende Wohnformen
- Verbinden von Arbeiten und Leben
- Architektonische Lösungen und Stadtentwicklung
- Wohnprojekte und Ökologie/Nachhaltigkeit
- Finanzierung von Wohnprojekten und Rechtsfragen
- Wohnprojekte und Bürgergesellschaft

Es wird gestaltet von Rembert Rauchbach, Thomas Rüter und Hilmar Dahlem. Als weitere Mitwirkende wurde u.a. angefragt: Erika Loew (Dorf i. d. Stadt, Heidenheim), Markus Bruns (Holos GmbH, Berlin), Christian Kotschi (GTS Hamburg), Harald Warnath (Kulturhof Wenningen), Bernward Rauchbach (Schöpfungswerk GbR, Marburg), Michael Lieberoth-Leden (Kompass GmbH), Niels Sonne-Frederiksen (freier Architekt, Hannover), Axel Janitzki (Rechtsanwälte Barkhoff & Partner, Bochum), Ulrich Kleber (Hofgut Sanders), Julian Schily, (Imbus GmbH, Berlin). >>

Allmende Wulfsdorf – eine neue Dorfgemeinschaft entsteht

Zwischen Hamburg und Ahrensburg, zwischen Stadt und Land, Feld und See entsteht eine neue Dorfgemeinschaft: Allmende Wulfsdorf. Rund 300 Menschen sollen hier auf 6,5 Hektar einmal wohnen, arbeiten, feiern und spielen, lernen und forschen und die Zukunft gestalten. Es soll eine Dorfgemeinschaft werden mit einer Kultur der Kommunikation und der alltäglichen Lebenskunst sowie des verantwortlichen Handelns im Sozialen, Ökologischen und Wirtschaftlichen. Die Hannoverschen Kassen unterstützen das Projekt in Form von günstigen Finanzierungen für die neuen Bewohner.

Gemeinsam wohnen heißt bei Allmende Wulfsdorf eine verantwortungsvolle Nachbarschaft aufzubauen und zu pflegen. Alte und Junge, Menschen mit Behinderungen, Lebensgemeinschaften, Familien und Alleinlebende sollen größtmöglichen Freiraum zum Leben und dabei die nötige Aufmerksamkeit finden. Das soziale Gefüge wird bunt gemischt sein. Allmende Wulfsdorf wird deshalb einen „Sozialfonds“ einführen. Dieser soll Menschen unterstützen, die in Not geraten sind und Ihnen durch Beratung, Geld oder andere Hilfen ermöglichen, in der Dorfgemeinschaft wohnen zu bleiben.

Vierzig Prozent der Gebäudefläche sind für Gewerbe reserviert. Das Grundstück liegt verkehrsgünstig und bietet Raum für Werkstätten, Büros und Praxisräume. Einen besonderen Stellenwert genießt

die Erforschung bio-dynamischen Saatguts und die Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft. Gewerbe auf Allmende Wulfsdorf sollte wohnverträglich sein, also ohne viel Lärm und Verkehr auskommen. Es werden noch gestaltende und dienstleistende Gewerbe wie Planerinnen und Berater, Handwerkerinnen und Künstler, Pädagoginnen und Heilende gesucht. Dabei kommt es nicht darauf an, ob es ein eingeführter Betrieb ist, der ein neues, inspirierendes Arbeitsumfeld sucht oder eine Existenzgründung. Zum Gelände gehören außerdem eine Turnhalle, ein Sportplatz und ein Fußballfeld.

Das soziale Leben soll bei Allmende Wulfsdorf nicht an der Grundstücksgrenze enden. Der Kontakt zur Nachbarschaft – den Bewohnern von Wulfsdorf, Wulfsdorf und Ahrensburg – ist eine weitere wichtige Aufgabe. Seit Entstehen der Allmende-Idee gibt es bereits ein lebhaftes nachbarschaftliches Netzwerk mit dem Demeter-Hof Gut Wulfsdorf und dem Verein Jordsand im Haus der Natur.

>>> **Ein detailliertes Programm schicken wir Ihnen ab Juli gerne zu. Interessenten können sich bereits jetzt anmelden bei:**

Hannoversche Kassen
Christine Bohlmann
Tel.: (0511) 82 07 98-50, Fax: -79
E-Mail: info@hannoversche-kassen.de |

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:

Allmende Wulfsdorf e.V.
Bornkampsweg 36, 22926 Ahrensburg
Telefon: 04102/458230
E-Mail: info@Allmende-Wulfsdorf.de
www.Allmende-Wulfsdorf.de |

Neue Mitarbeiterinnen

Vier neue Mitarbeiterinnen sind seit April 2003 zu den Hannoverschen Kassen gekommen. Wir stellen sie kurz vor:



Martina Kruse,

22 Jahre, ist seit Oktober 2003 bei den HK. Sie betreut das Waldorf-Versorgungswerk, hilft bei der Erstellung von versicherungsmathematischen Gutachten und bearbeitet die Buchführung der Unterstützungskasse e. V. und der HK GmbH. Sie absolvierte eine Ausbildung zur Steuerfachangestellten und folgte dem Rat eines Bekannten, sich doch mal bei den HK in Hannover zu bewerben. Gesagt, getan und nach einiger Zeit kam die Einladung zum Vorstellungsgespräch. Dann folgte ein 3-monatiges Praktikum. Seit dem 1. Januar 2004 ist sie nun festangestellt bei den HK – und hat nun auch ihren Wohnsitz von Ostrfriesland nach Hannover verlegt.



Birgit Podembski,

33 Jahre, machte zwei Ausbildungen: Zur Wirtschaftsassistentin für Fremdsprachen/ Korrespondenz und zur Industriekauffrau. Sieben Jahre arbeitete sie im Vertrieb der Automobilzulieferindustrie, wechselte dann in eine Bildagentur für die sie als Vertriebsmitarbeiterin und Bildredakteurin tätig war. In 2002 machte sie den Schritt in die Selbständigkeit und gründete ein kleines Unternehmen im Bereich der Lebenshilfe. Ein Hinweis von Bekannten aus der Anthroposophischen Gesellschaft in Hannover machte sie auf die Hannoverschen Kassen aufmerksam. Angezogen hat sie bei den HK, dass sie hier eine Möglichkeit sieht, ihre sozialen Anliegen auch im Beruf weiter zu verwirklichen. Im März 2004 begann sie bei den HK. Sie ist tätig in der Anwartschaftsverwaltung der Zusatzversorgung und des Waldorf-Versorgungswerks. |



Britta Buchholz,

38 Jahre, ist seit April 2003 bei den Hannoverschen Kassen und sorgt für die Anwartschaftsverwaltung. Nachdem sie 1982 eine Ausbildung als Altenpflegerin in der Altenpflegeschule Ahrensburg erfolgreich absolviert hatte, arbeitete sie 11 Jahre in der Alten- und Krankenpflege. Zuletzt in der Krankenwohnung Hannover. Dann kamen ihre beiden Söhne zur Welt und nachdem Nils-Lukas zur Schule geht und Finn-Ole in den Kindergarten, machte sie sich beruflich auf einen neuen Weg und begann bei den Hannoverschen Kassen.



Jana-Desirée Mielke,

20 Jahre. Sie ist für die Anlagengeschäfte der HK zuständig. In diesem Rahmen betreut sie die Darlehenskunden, Immobilien und Anlagengeschäfte.

Im Januar 2003 beendete sie erfolgreich ihre 2 1/2-jährige Ausbildung zur Bankkauffrau und ging für ihren Ausbildungsbetrieb Commerzbank AG in die Kreditabteilung für Geschäftskunden nach Hamburg. Seit dem 1. April 2004 ist sie nun bei den Hannoverschen Kassen tätig.

September 2004:

Behandlung von Beiträgen zur Altersvorsorge und von Alterseinkünften im Steuerrecht und in der Sozialversicherung

Freitag, 17. September 2004 • 10:00 bis 18:00 Uhr

Referent: Fritz Rasche-Mader,
Diplom-Volkswirt und Steuerberater, HH

Kostenbeitrag: € 65 / € 50 (Mitglieder der HK)

Ort: Anthroposophischen Gesellschaft
Brehmstraße 10, 30173 Hannover

Zum bisherigen staatlichen Rentenversicherungssystem gesellen sich immer neue Möglichkeiten der privaten und betrieblichen Altersvorsorge. Je nach Art der Vorsorgeform unterliegt der geleistete Beitrag unterschiedlichen Regelungen im Hinblick auf die Besteuerung und Sozialversicherungspflicht sowie eine mögliche staatliche Förderung.

Das Seminar soll Ihnen die Möglichkeit geben, die verschiedenen Grundformen unterscheiden zu lernen und ihre steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung beurteilen zu können.

Die im Rentenalter folgenden Einkünfte unterliegen oft einer grundlegend anderen Behandlung im Steuer- und im Sozialversicherungsrecht als die Einkünfte im Laufe der aktiven Berufstätigkeit. Mit der am 1.1.04 in Kraft getretenen Gesundheitsreform sind zudem einige einschneidende Änderungen in der Sozialversicherung für Rentner eingetreten. Über diesen „status quo“ hinaus plant die Bundesregierung einen grundlegenden Umbau der Besteuerung von Alterseinkünften.

Zukünftige Rentner werden immer geringere Anteile ihres Einkommens über die klassische gesetzliche Rentenversicherung beziehen. Es kommen andere Renten dazu, z. B. aus der betrieblichen Altersvorsorge oder aus Direktversicherungen. Für den ehemaligen Arbeitgeber bedeutet dies, dass er auch nach dem Ausscheiden wissen muss, welche Verpflichtungen er aus Sicht des Steuer- und Sozialversicherungsrechts einget.

Das Seminar gibt Ihnen einen Einblick in die verschiedenen Einkunftsarten im Alter und ihre steuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung sowie deren Behandlung beim Arbeitgeber.

November 2004:

Zeitgemäße Rechtsstrukturen für gemeinnützige Einrichtungen

Freitag, 5. November 2004 • 09:30 bis 18:00 Uhr

Referenten: Ingo Krampen, Rechtsanwalt,
Notar und Mediator
Sandra Müller,
Rechtsanwältin – beide Bochum

Kostenbeitrag: (inklusive Seminarunterlagen, Mittagessen und Pausenverpflegung) €200,- / €150,-
(Mitglieder der HK)

Ort: Anthroposophischen Gesellschaft
Brehmstraße 10, 30173 Hannover

Gemeinnützige Einrichtungen haben – aus ihrer Gründungszeit heraus verständlich – meistens folgende Struktur: Ein gemeinnütziger Verein ist der Rechtsträger. Er hat einen ehrenamtlichen, oft vielbeschäftigten Vorstand, der wiederum eine hauptamtliche Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer bestellt.

Die Anforderungen von Gesetzgebung und Rechtsprechung an die Sorgfaltspflicht von so genannten Leistungsorganen sind mittlerweile aber enorm gewachsen. Dies führt zu erheblichen Haftungsrisiken – und es stellen sich Fragen nach der Effektivität der gewohnten Formen. Darüber hinaus stellt sich für manche Einrichtung auch die Frage, ob der Verein noch die sinnvollste und effektivste Rechtsform für die Trägerschaft ist.

In diesem Seminar, das sich speziell an Geschäftsführer/innen und Vorstandsmitglieder gemeinnütziger Einrichtungen richtet (aber natürlich auch allen anderen Interessierten offen steht), soll dieser gesamte Problemkreis bearbeitet werden. Themen sind u. a. Grundstruktur des Vereins, Vor- und Nachteile; Haftungsproblematik für Organe des gemeinnützigen Vereins; Alternativen zu dieser Rechtsform (Genossenschaft, GmbH); Alternativen zur Rechtsstruktur innerhalb des Vereins; praktische Ratschläge für die Umsetzung von Umstrukturierungsvorschlägen in gemeinnützigen Einrichtungen.

**Die Seminare finden statt in der
Anthroposophischen Gesellschaft
Brehmstraße 10, 30173 Hannover**

Anmeldung bitte bei den Hannoverschen Kassen,
Christine Bohlmann
Tel.: 0511 / 82 07 98 50 • Fax: 0511 / 82 07 98 79
E-Mail: Bohlmann@hannoversche-kassen.de

Menschen helfen, an individuellen Herausforderungen zu arbeiten

Text: Thomas Rüter

Einschneidend, teuer für die Einzelnen – und im Übrigen verwirrend: Mit der Arbeitsmarktreform, der Rentenreform und der Gesundheitsreform ist ein Teil der so genannten „AGENDA 2010“ der Bundesregierung umgesetzt. Das Für und Wider dieser Reformen ist hinreichend diskutiert worden. Dies soll hier nicht wiederholt werden. Stattdessen soll ein anderer Gedanke hervorgehoben werden:

Vor Bismarcks Zeit war jeder einzelne Arbeiter, Bergmann oder Angestellte mit den Folgen eines Unfalles, einer Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Alters allein gelassen. So markierte solch ein Ereignis all zu oft einen dramatischen Wendepunkt im Leben der Betroffenen. Angesichts der Not vieler, gilt die Einführung der Sozialversicherungssysteme zu Recht als ein Segen.

Seitdem hat sich die Situation grundlegend gewandelt: Heute hält man diese Schicksalsschläge vielfach für Probleme, die mit einem selber eigentlich nichts zu tun haben und für die vielmehr Arbeitgeber, Umwelteinflüsse, fehlende Vorschriften, mangelhafte medizinische Versorgung ursächlich sind und die andere zu lösen haben. Dabei weiß natürlich jeder, dass Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit wesentliche Ereignisse der eigenen Biografie sind. Ich selbst habe sie zu tragen, zu verantworten und zu bearbeiten. Sich dieses bewusst zu machen, ist ein völlig unverzichtbarer Schritt zur Bewältigung des persönlichen Schicksals.

Insofern ist eine größere Eigenverantwortung im Zusammenhang mit derartigen Ereignissen richtig, um einen Ansatz zur konstruktiven Bewältigung für sich selbst zu finden. Alter, Unfall, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit haben eben auch etwas mit mir und meiner individuellen Lebensgestaltung, meiner Begabung, meiner Anstrengung, meinen Ängsten und meinen Idealen zu tun.

Sozialversicherungsverhältnisse, die dem Einzelnen quasi „versprechen“, diese Lebensstatsachen von ihm fernzuhalten, haben in gewisser Weise etwas Lügenhaftes bekommen. Sie helfen Menschen nicht, an diesen individuellen Herausforderungen zu arbeiten und eigene Lebensgestaltungen zu entwickeln.

Es ist nicht ohne Bedeutung, ob ich mich bei Zeiten mit den Folgen einer möglichen Krankheit, eines möglichen Unfalles, des Alters, einer Arbeitslosigkeit beschäftigen und Vorsorge treffe. Das heißt ja auch immer, sich mit dem zu beschäftigen, was kommen wird oder kommen kann. Diese Vor-Sorge kann man eigentlich nicht ganz abgeben, denn sie ist Teil der individuellen Lebensgestaltung. Das kann sogar gesundheitsstärkend wirken, wie wir aus den Ansätzen der Salutogenese wissen. Denn gesundheitsstärkend wirkt es, wenn man sich Lebenssituationen schafft, die als sinnvoll, verstehbar und handhabbar erlebt werden. Indem uns die Sozialversicherungsverhältnisse diese Vor-Sorge bisher abnahmen, erlaubten sie uns, diese Themen, die jeden Menschen betreffen, bis zu einem gewissen Grade auszublenden.

Wer nicht vorsorgt, sondern die Ereignisse erst an sich herankommen lässt und dann sozusagen Nachsorge betreiben muss, schwebt in der Gefahr, dass er „gelebt wird“ und die eigene Gestaltung aus

der Hand gibt. Moderner Mensch bin ich heute aber nur dann, wenn ich Alter, Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit als zu mir gehörig betrachte, wenn ich mich auch für die Vor-Sorge persönlich verantwortlich fühle und mich insofern bewusstseinsmäßig damit auseinandersetze. Also mich darum bemühe, so zu arbeiten, zu leben, zu wirtschaften und mich mit anderen zusammenzutun, dass die Dinge sich entwickeln, für die ich mich einsetzen will.

Dieser individuelle Ansatz muss ja nicht heißen, dass ich wieder wie in Vor-Bismarckschen-Zeit alleine mit dem Problem dastehe. Ich kann mich ja durchaus mit anderen Menschen zusammenschließen und „Versicherung bilden“, um mein Problem auf die eine oder andere Weise zu lösen. Es bleibt zu hoffen, dass sich aus einer vergangenheits- und defizitorientierten Diskussion um die AGENDA 2010 doch auch neue Vor-Sorge entwickelt. In gewisser Weise Formen des konstruktiven Widerstands – überraschende, kreative, individuelle und gemeinsame Gestaltungen im Sinne einer wirklichen Bürgergesellschaft. |

Impressum

Infobrief –
Informationen für Mitglieder der Hannoverschen Kassen

Herausgeberin

Hannoversche Kassen
Brehmstr. 1 • 30173 Hannover
Tel. 0511/82 07 98 50 • Fax 0511/82 07 98 79
info@hannoversche-kassen.de • www.hannoversche-kassen.de

Redaktion

Hilmar Dahlem (verantw.), Thomas Rüter, Rembert Rauchbach

In dieser Ausgabe mit Beiträgen von

Winfried Hammann, Antje Heinemeier, Thomas Rüter.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Autoren verantwortlich. Nachdruck und Vervielfältigung von Artikeln (auch auszugsweise) ist nur mit vorheriger Genehmigung durch die Herausgeberin gestattet.

Konzeption und Gestaltung

Sabine Gasser • Gestalten für die Kommunikation, Hamburg
www.sabinegasser.de

Auflage 11.000